



April 2019

PAKISTAN NACH DEN WAHLEN: ZWISCHEN GEOPOLITIK UND KRISENMANAGEMENT

Markus Gauster

Die Islamische Republik Pakistan befindet sich inmitten eines geopolitischen Ringens zwischen China, USA und Russland um Macht, Einfluss, Ressourcen und regionale Stabilität. Zudem ist das Land mit massiven sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen konfrontiert. Unter diesen Vorzeichen fanden im Juli 2018 Parlamentswahlen statt, die Imran Khan gewann. Er muss sich nun einer Vielzahl an Herausforderungen stellen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten Pakistans neuer Regierung Vertrauen entgegenbringen und Beziehungen auf allen Ebenen stärken. Auch Österreich könnte dabei Akzente setzen.

Innenpolitik 2019

Imran Khan erlangte bei den Wahlen mit seiner PTI-Partei eine deutliche Mehrheit und wurde zum Premierminister ernannt. Dadurch konnte er die Dominanz des Bhutto- und Sharif-Clans brechen. Die Bevölkerung erwartet sich nun ein effektives Krisenmanagement zur Überwindung der Staatsschuldenkrise, die Bekämpfung von Korruption und die Schaffung von Jobs.

Das pakistanische Establishment (Armee, Institutionen, Technokraten) hat wesentlichen Einfluss auf die Regierungsführung. Es ist zu erwarten, dass der Premierminister unterstützt wird, solange er die Eliten gewähren lässt. Es gilt, viele Probleme im Inneren (z.B. Terrorismus, Armut, Minderheiten, Radikalisierung) zu bewältigen, um die menschliche Sicherheit zu verbessern.

Imran Khan versprach, einen Wohlfahrtsstaat nach europäischem Vorbild (Finnland) zu schaffen. Seine Partei hat jedoch eine leere Staatskassa übernommen und ist auf Hilfskredite angewiesen. Er ist auch durch eine starke Opposition (Shabaz Sharif von der PMLN-Partei; Bilawal Bhutto von der PPP-Partei) herausgefordert.

Trotz Rohstoffreichtums und vieler Errungenschaften (Demokratieverständnis,

Universitäten, Pluralismus, Frauenrechte) konnte das Land mit über 210 Mio. Einwohnern seine Feudalismus-Strukturen bislang nicht überwinden. Die Analphabetenrate ist hoch und Facharbeiter fehlen. Die Rechtssicherheit ist problematisch. Der oberste Gerichtshof hat jedoch ein Zeichen gesetzt und 2017 den Premierminister Nawaz Sharif wegen Korruption abberufen. Anti-Korruptionsbehörden wurden gestärkt und die pakistanischen Medien decken Missbräuche im System auf.

Der Faktor Religion wird in Pakistan oft für politische Zwecke instrumentalisiert. Imran Khan hat sich in diesem Kontext klar für die Bekämpfung islamistischer Extremisten ausgesprochen. Diese nutzen den vorhandenen politischen Spielraum effektiv, obwohl sie weniger als 10% der Sitze im Parlament innehaben. So fanden die Blasphemie-Vorwürfe des radikalen Parteiführers Khadim Rizvi im Fall der Christin Asia Bibi im Oktober 2018 viele Unterstützer. Generell stehen Christen und andere Minderheiten unter Verfolgungsdruck.

Der Konflikt Pakistan-Indien

Die Konfliktwurzeln sind in der Aufteilung Britisch-Indiens in Pakistan und Indien sowie in den Unabhängigkeitsbestrebungen Kaschmirs zu finden. Konfliktgegenstände der Atommächte Pakistan und Indien umfassen u.a. ideologisch-religiöse Differenzen (Muslime und Hindus), Ressourcenfragen (z.B. Wasser) und Ansprüche auf das gesamte Kaschmir-Territorium (ca. 275.000 km² mit 31 Mio. Einwohnern).

Kurz nach der Gründung Pakistans 1947 kam es zum ersten Kaschmir-Krieg mit Indien. Letztendlich einigte man sich mit Hilfe der UNO auf einen Waffenstillstand und eine Demarkationslinie (Line of Control), die Kaschmir bis heute teilt. Die UN-Resolution 47 (1948) sah eine Volksabstimmung über den Status Kaschmirs vor, die jedoch niemals stattfand.

Die UNO erhielt das Mandat für eine Militärbeobachter-Gruppe in Kaschmir (seit 1951 UNMOGIP), bei der das Österreichische Bundesheer 2001/2002 den Kommandanten stellte. UNMOGIP ist ermächtigt, Überwachungsaufgaben entlang der Line of Control durchzuführen, sowie Waffenstillstandsverletzungen zu überprüfen.

Beide Länder nutzen subversive Methoden in Kaschmir, um ihre strategischen Sicherheitsinteressen durchzusetzen. So wirft Indien Pakistan vor, islamistische Terrorgruppen (z.B. Lashkar-e-Taiba, Jaish-e-Muhammad) dabei zu unterstützen, Anschläge auf indische Sicherheitskräfte zu verüben und Muslime zu radikalisieren.

Pakistan sieht in der Kaschmir-Frage einen international vernachlässigten Konflikt, in dem sich die UNO stärker für die Interessen der Kaschmiris und ein Referendum einsetzen sollte. Pakistan kritisiert zudem Indiens starke Truppenpräsenz im Kaschmir-Tal (über 500.000 Sicherheitskräfte, um weniger als sieben Mio. Kaschmiris zu kontrollieren) und exzessive Übergriffe auf Zivilisten (z.B. mit Pellets-Gewehren).

Delhi rechtfertigt sein Vorgehen mit der Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus. Die indischen Sicherheitskräfte sind dabei durch Sonderrechte geschützt. Seit Beginn des bewaffneten Freiheitskampfes der Kaschmiris (1989) kamen zehntausende Zivilisten ums Leben. Pakistan sieht sich als deren Schutzmacht und fordert Menschenrechts-Missionen, was Indien jedoch ablehnt. Längst haben sich die Kaschmiris von Indien entfremdet.

Indien betrachtet die Kaschmir-Frage als bilaterale Angelegenheit und erschwert die Umsetzung des UNMOGIP-Mandates. Die hohe Relevanz dieser Mission kommt dadurch zum Ausdruck, dass sie nur durch eine Resolution des Sicherheitsrates beendet werden kann und nicht jährlich verlängert werden muss. Ohne UNMOGIP wäre der Konflikt noch unberechenbarer.

Geopolitik und Geoökonomie

Pakistan ist für Groß- und Regionalmächte von strategischer Relevanz. Die Golfstaaten und vor allem Saudi-Arabien unterstützen ihren „Klient“ Pakistan und nutzen ihn als religiös-ideologischen Erfüllungshelfer. Die USA verfolgen einen regionalen Ansatz („AfPakIndia“-Strategie). Ziel ist es, Terrorismus in Afghanistan einzudämmen und dass Pakistans Atomwaffen in sicheren Händen bleiben.

Anzuführen ist die Partnerschaft Pakistans mit den USA im „Kampf gegen den Terror“ seit 9/11. Davor war Pakistan mit Saudi-Arabien Schlüsselakteur bei der Unterstützung der Taliban. Pakistan schwenkte 2001 offiziell rasch auf US-Linie ein und brachte große Opfer. Etwa 10.000 pakistanische Sicherheitskräfte und über 50.000 Zivilisten starben im Terrorismus-Kontext.

Pakistan hat durch Terrorismus über 100 Mrd. USD an Wirtschaftskraft und Investments verloren. Zudem ist die Beziehung zu den USA abgekühlt. Die militärische und wirtschaftsbezogene US-Unterstützung für Pakistan erreichte 2010 ihren Höhepunkt und ging seitdem kontinuierlich zurück.

Die USA versuchen in Konkurrenz mit China, Rüstungsgeschäfte mit Pakistan voranzutreiben und Abhängigkeiten zu erzeugen. So hängt die Einsatzbereitschaft der pakistanischen Luftwaffe teilweise (F-16) von der Wartung durch die USA ab. Pakistan ist daher bestrebt, seine Handlungsfreiheit durch Rüstungskooperationen mit China (Entwicklung des Kampfflugzeuges JF-17 Thunder) zu erhöhen. Auch Russland ist Partner, was sich durch den Ankauf von Mi-35 Kampfhelikoptern und das Angebot Russlands an Pakistan, als Vermittler im Konflikt mit Indien zu fungieren, zeigte.

Chinas Einfluss in Pakistan hat sich seit 2013 durch die Errichtung des China-Pakistan Economic Corridor (CPEC) verstärkt. Mehr als 40 Mrd. USD sollen in Pakistans schwachen Infrastruktur- und Energiesektor investiert werden. China kann sich dadurch Transportwege, Häfen und Stützpunkte sichern. Durch CPEC sind mehr Jobs für Pakistanis (62% sind unter 30) zu erwarten. Jedoch sind auch chinesische Facharbeiter zu Tausenden in Pakistan im Einsatz. Chinas Kredite verstärken zudem die langfristigen Abhängigkeiten Pakistans. Indien und die USA sehen den CPEC mit Argwohn, da ihre strategischen Handlungsoptionen abnehmen.

Die nukleare Dimension

Der Konflikt zwischen Indien und Pakistan wird oft als „unterbrochener Krieg“ eingestuft und ist seit 1999 (Kargil-Krise) in eine Phase niedriger Intensität übergegangen. Die nuklearen Abschreckungsstrategien zeigen Wirkung. Indien und Pakistan haben den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet, betonen aber, Nuklearwaffen nur zur Selbstverteidigung einzusetzen.

Es besteht jedoch die Gefahr, dass Krisen (z.B. Kaschmir- oder Belutschistan-Frage) zu Eskalationen (z.B. Pulwama-Anschläge 2019) führen können. Auch neue Militärtechnologien und hybride Angriffsformen könnten unvorhersehbare Auswirkungen haben. Das Wettrüsten geht unvermindert weiter – Frieden ist nicht in Sicht.

Pakistan und Afghanistan

Die Spannungen sind nach wie vor gravierend. Afghanistan beschuldigt Pakistan, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan und im Paschtunengürtel zu fördern. Das gegenseitige Mißtrauen ist tief verwurzelt. Geheimdienstliche Aktivitäten zur Ausschaltung militanter Führungskader prägen das Konfliktbild.

Das pakistanische Militär ließ die autonomen Stammesgebiete mit ihren Formierungsräumen für Aufständische auf beiden Seiten der Grenze (z.B. in Wasiristan und Khost) jahrelang weitgehend unbehelligt. Angriffe auf das US-Militär und die NATO-Truppen in Afghanistan, aber auch Anschläge in Pakistan wurden dadurch erleichtert. US-Drohenschläge auf Terrornester konnten daran kaum etwas ändern.

Erst nach dem Anschlag auf eine Schule in Peshawar durch pakistanische Taliban, Ende 2014, ging Pakistan massiv mit Bodentruppen gegen militante Gruppen vor. Dadurch verbesserte sich zwar die Sicherheitslage, nicht jedoch die sozio-ökonomische Situation der Bevölkerung. Bis zu zwei Millionen Einwohner wurden wegen der Kämpfe zur Umsiedelung gezwungen.

Die Frage der Wasserverteilung an der Grenze zu Afghanistan (Dämme reduzieren die Wasserzufuhr auf der jeweils anderen Seite) und Indiens Aktivitäten im Staudambau in Afghanistan sorgen für Spannungen. Hier geht es für Pakistan aus militärischer Sicht auch um den Erhalt der „strategischen Tiefe“, weshalb Islamabad den beträchtlichen Einfluss Indiens in Afghanistan schmälern will.

Seit 2018 versucht Pakistan, durch den Ausbau von Grenzzäunen entlang der Durand-Linie für mehr Sicherheit zu sorgen. Diese Grenze hat Afghanistan jedoch niemals anerkannt. Eine große Herausforderung für beide Länder bildet zudem die Präsenz der Terrororganisation Islamischer Staat in der Khorasan Provinz (ISKP), der den globalen Jihad verfolgt.

Auf politischer Ebene gibt es positive Akzente. Imran Khan hat sich für Friedensgespräche mit den afghanischen Taliban ausgesprochen und der afghanische Präsident Ashraf Ghani hat Pakistan einen konstruktiven Dialog angeboten. Konkrete Schritte sind vorerst unwahrscheinlich.

Migrationsaspekte

Pakistan war lange ein Einwanderungsland und hat bis zu sieben Mio. Afghanen aufgenommen (v.a. seit 1979). Die offenen Grenzen hatten positive (Handel) und negative Folgen (Terrorismus). 2019 leben etwa 1,5 Mio. registrierte und über eine Mio. unregistrierte Afghanen in Pakistan. 75% von ihnen sind in Pakistan geboren - ohne Anrecht auf Staatsbürgerschaft.

Aufgrund der sich verschlechternden Wirtschaftslage steigt der Migrationsdruck. Viele erwarten jedoch nach einer (freiwilligen oder erzwungenen) Rückkehr nach Afghanistan eine schlechtere humanitäre Situation als in Pakistan. Neben den Afghanen machen sich auch immer mehr Pakistanis auf den Weg nach Europa.

Rückschlüsse und Lösungsansätze

- Die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan befinden sich auf einem neuen Tiefpunkt. Ein schwerer Anschlag auf indische Sicherheitskräfte in Kaschmir und Luftraumverletzungen Anfang 2019 deuten eine Eskalation an, die v.a. im Kontext der Wahlen in Indien zu sehen ist.

- Die indische Regierung unter Premier Modi ist mit verstärkten Spannungen zwischen Hindus und Muslimen konfrontiert, während Pakistan seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen hat. Religiöser Extremismus wird zudem oft als größte Gefahr für beide Länder genannt.

- Die Kaschmir-Frage wird auch weiterhin das sicherheitspolitische Handeln prägen. Imran Khan hatte stets betont, für politische Lösungen einzutreten.

- Zugeständnisse oder vertrauensbildende Maßnahmen sind aktuell kaum zu erwarten. Die Rahmenbedingungen für einen diplomatischen Dialog sind ungünstig.

- Indien will sich als verantwortungsvolle Wirtschaftsmacht präsentieren. Dieser Umstand impliziert Hebelwirkungen, um Entspannungsprozesse im Hinblick auf den Konflikt mit Pakistan einzuleiten.

- Es sind weiterhin (sub-)konventionelle Auseinandersetzungen zu erwarten. Die Gefahr einer ungewollten Eskalation besteht. USA, China, Russland und die UNO haben ein Interesse, dass es zu keinem Einsatz von Atomwaffen kommt. Ihre Einflussmöglichkeiten sind jedoch begrenzt.

Empfehlungen

- Internationale Vermittlungen sollten verstärkt werden, damit das UNMOGIP-Mandat auch von Indien voll unterstützt wird.

- Die EU sollte stärker mit Pakistan kooperieren und auf vertrauensbildende Maßnahmen, De-Radikalisierung sowie Freihandelsabkommen setzen.

- Eine verstärkte Zusammenarbeit Österreichs mit Pakistan ist sinnvoll, da beide Länder an Friedenseinsätzen beteiligt sind. Eine erneute Beteiligung des Bundesheeres an UNMOGIP und Kooperationen im Mountain Training sind Optionen.

- Pakistan bietet durch Chinas neue Seidenstraße langfristig mehr Chancen als Risiken für Investoren. Kooperationen Österreichs mit Pakistan sollten daher auch im Export- und Importbereich ausgebaut werden.

Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: Reproz W 19-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk